

KDV

II / 2025

ANTRAGSBUCH

SPD
MARZAHN-HELLERSDORF

INHALTSVERZEICHNIS

STATUTENÄNDERNDE ANTRÄGE

1/II/25 – Antrag zur Änderung des § 4* der ergänzenden statutarischen Bestimmungen des Landesverbandes Berlin zur Wahlordnung der SPD

ORGANISATIONSPOLITIK

2/II/25 – Berliner SPD geht progressiv voran, Marzahn-Hellersdorf geht progressiv voran und vergibt die ersten Listenplätze für die Abgeordnetenhaus-, die BVV-Wahlen ausschließlich an Frauen!

3/II/25 – Erste Listenplätze für die Abgeordnetenhaus- und die BVV-Wahlen ausschließlich für Frauen!

4/II/25 – SPD Marzahn-Hellersdorf schafft faire Beteiligung für TIN*-Personen durch geschlechtsoffene Listenplätze bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung

5/II/25 – KDV-Termine außerhalb der Schulferien

KOMMUNALES

6/II/25 – Mindestens eine Postbankfiliale im Bezirk Marzahn-Hellersdorf

SOZIALES

7/II/25 – Zufluchtswohnungen für Frauen* mietfrei machen!

8/II/25 – Verbesserung der Versorgungssituation und Schaffung spezialisierter Schutzeinrichtung für von häuslicher oder sexualisierter Gewaltbetroffenen Frauen*

9/II/25 – Keine Internetpflicht

STEUERN & FINANZEN

10/II/25 – Antrag zur Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel auf 0%

STATUTENÄNDERNDE ANTRÄGE

Antragssteller:innen: SPD FRAUEN Marzahn-Hellersdorf

1/II/25 – Antrag zur Änderung des § 4* der ergänzenden statutarischen Bestimmungen des Landesverbandes Berlin zur Wahlordnung der SPD

Votum der Antragskommission: Mehrheitliche Ablehnung

- 1 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:
- 2 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 3 Die Statutenkommission der SPD Berlin möge beschließen:

4

- 5 § 4* der ergänzenden statutarischen Bestimmungen des Landesverbandes Berlin zur
- 6 Wahlordnung der SPD wird wie folgt geändert:

- 7 Die Aufstellung der Bezirkslisten für die Abgeordnetenhauswahlen und der
- 8 Bezirkswahlvorschläge für die Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen
- 9 erfolgt nach Geschlechtern abwechselnd, beginnend mit einer weiblichen
- 10 Spitzenkandidatin. Jeder sechste Platz auf den entsprechenden Listen sollte
- 11 geschlechtsoffen besetzt werden.

12

Begründung:

14

- 15 Die SPD ist die feministische Volkspartei. Sie kämpft seit Jahren für ein bundesweites
- 16 und für landesweite Paritätsgesetze, welche die Repräsentation von Frauen in den
- 17 Parlamenten ihrem Anteil gemäß ihrer Repräsentation in der Gesellschaft sicherstellen
- 18 sollen. Solange das Ziel eines landesweiten Paritätsgesetzes noch nicht erreicht ist,
- 19 verpflichtet sich die SPD Berlin zu einem starken eigenen strukturellen Instrument und
- 20 passt ihre Wahlordnung so an, dass künftig alle Listen für die
- 21 Abgeordnetenhauswahlen und Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen mit
- 22 einer weiblichen Spitzenkandidatin beginnen.

ORGANISATIONSPOLITIK

Antragssteller:innen: SPD FRAUEN Marzahn-Hellersdorf

2/II/25 – Berliner SPD geht progressiv voran, Marzahn-Hellersdorf geht progressiv voran und vergibt die ersten Listenplätze für die Abgeordnetenhaus-, die BVV-Wahlen ausschließlich an Frauen!

Votum der Antragskommission: Mehrheitliche Ablehnung

1 Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:

2 Die Kreisdelegiertenversammlung Marzahn-Hellersdorf wird für die künftigen Wahlen
3 zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den BVV-Wahlen ab 2026 jeweils den ersten
4 Listenplatz an Frauen vergeben.

5

6 **Begründung:**

7

8 Die SPD kämpft seit Jahren für ein bundesweites und für ein landesweites
9 Paritätsgesetz, welche die Repräsentation von Frauen in den Parlamenten gemäß ihrem
10 Anteil in der Gesellschaft sicherstellen sollen.

11

12 Solange das Ziel eines landesweiten Paritätsgesetzes noch nicht erreicht ist,
13 verpflichtet sich die SPD-Marzahn-Hellersdorf zu einem starken eigenen strukturellen
14 Instrument und geht in die zukünftigen Wahlkämpfe mit jeweils einer Frau an der
15 Spitze.

Antragssteller:innen: 10/06

3/II/25 – Erste Listenplätze für die Abgeordnetenhaus- und die BVV-Wahlen ausschließlich für Frauen!

Votum der Antragskommission: Mehrheitliche Ablehnung

16 Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:

17

18 Die Kreisdelegiertenversammlung Marzahn-Hellersdorf wird für die Wahlen 2026 zum
19 Berliner Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlungen jeweils den
20 ersten Listenplatz an Frauen vergeben.

21

22 **Begründung:**

- 1 Bis eine tatsächliche Gleichbehandlung erreicht ist, müssen wir immer wieder mit
2 guten Beispielen zeigen, dass wir in der SPD tatsächlich Voraussetzungen schaffen, den
3 Frauenanteil in den Parlamenten zu erhöhen.

Antragssteller:innen: SPD FRAUEN Marzahn-Hellersdorf

**4/II/25 – SPD Marzahn-Hellersdorf schafft faire Beteiligung für TIN*-Personen
durch geschlechtsoffene Listenplätze bei den Wahlen zum Berliner
Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung**

Votum der Antragskommission:

Mehrheitliche Annahme in Fassung der Antragskommission

- 4 Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:
5 ~~Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:~~
- 6 ~~Die Statutenkommission der SPD Berlin wird aufgefordert einen rechtskonformen Weg~~
7 ~~zu finden, wie die Wahlordnung so ergänzt werden kann, dass auf den Listen für die~~
8 ~~Bezirksverordnetenversammlung und das Abgeordnetenhaus TIN*-Personen fair~~
9 ~~beteiligt werden können. Dafür sollen auch die Bestimmungen in der Richtlinie zur~~
10 ~~Berücksichtigung der Mitglieder diversen Geschlechts bzw. ohne Zuordnung zu einem~~
11 ~~Geschlecht gem. § 3 Absatz 5 Satz 3 Wahlordnung aktualisiert werden.~~
- 12 ~~Die Kreisdelegiertenversammlung Marzahn-Hellersdorf beschließt, für die Wahlen zum~~
13 ~~Berliner Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ab 2026~~
14 ~~jeweils jeden sechsten Listenplatz, beginnend mit dem sechsten Listenplatz,~~
15 ~~geschlechtsoffen zu besetzen.~~
- 16 ~~Diese geschlechtsoffenen Plätze stehen Bewerber*innen aller Geschlechter offen.~~
17 ~~Bewerbungen von TIN*-Personen sind hierbei jedoch vorrangig zu berücksichtigen und~~
18 ~~—sofern vorhanden— mit ebendiesen zu besetzen. Dabei haben Personen, die sich nicht~~
19 ~~im binären Geschlechtssystem identifizieren, sowie trans*-Personen, die noch keine~~
20 ~~Änderung des Geschlechtseintrags vornehmen konnten, Vorrang vor trans*-Personen,~~
21 ~~die sich im binären System identifizieren und bereits eine Änderung des~~
22 ~~Geschlechtseintrags vorgenommen haben.~~
- 23 **Begründung:**
- 24 Die SPD ist eine feministische Partei und Kämpferin für die gleichberechtigte
25 Repräsentation aller Menschen in den Parlamenten. Aufgrund der binären Vergabe der
26 Listenplätze nach Männern und Frauen werden trans*-, inter*- und nicht-binäre

Personen kategorisch von der parlamentarischen Arbeit ausgeschlossen oder müssen für einen Listenplatz kandidieren, mit dem sie sich nicht identifizieren.

~~Um dieser strukturellen Benachteiligung von TIN*-Personen entgegenzuwirken und eine gleichberechtigte Beteiligung zu gewährleisten, verpflichtet sich die SPD Marzahn-Hellersdorf dazu, ab 2026 jeden sechsten Listenplatz – beginnend mit dem sechsten – zu den Wahlen des Abgeordnetenhauses und der BVV geschlechtsoffen zu gestalten und, sofern Bewerbungen von TIN*-Personen vorliegen, diese Plätze mit TIN*-Personen zu besetzen.~~

~~Sollten keine Bewerbungen von TIN*-Personen vorliegen, bleibt die Besetzung weiterhin geschlechtsoffen.~~

Erklärung zu Begriffen:

trans* (adj.): Als trans* bezeichnen sich Menschen, die sich nicht oder nicht nur mit dem Geschlecht identifizieren, das ihnen bei der Geburt zugewiesen wurde.

inter* bzw. intergeschlechtlich: Inter* bedeutet, dass der Körper einer Person nicht den gängigen Vorstellungen sogenannter „weiblicher“ oder „männlicher“ Körper entspricht. Inter* steht für ein breites Spektrum angeborener Variationen der Geschlechtsmerkmale.

nicht-binär: Der Begriff „nicht-binär“ wird von einigen Menschen als Bezeichnung ihrer Geschlechtsidentität genutzt, dient aber auch als Überkategorie für viele weitere Geschlechtsidentitäten. Diese können beispielsweise „sowohl Mann als auch Frau“, „weder Mann noch Frau“, genderfluid (Personen, deren Geschlechtsidentität sich verändert oder flexibel bleibt) und vieles mehr sein.

Nicht-binäre Personen können zugleich trans* und/oder inter* sein, müssen es aber nicht. Ebenso können sich trans* und inter* Personen sowohl nicht-binär als auch innerhalb des binären Schemas Frau/Mann (oder ganz anders) verorten.

Antragssteller:innen: SPD FRAUEN Marzahn-Hellersdorf

5/II/25 – KDV-Termine außerhalb der Schulferien

Votum der Antragskommission: Annahme in Fassung der Antragskommission

Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:

1 Kreisdelegiertenversammlungen der SPD Marzahn-Hellersdorf sollen außerhalb der
2 Schulferien stattfinden. Dabei sollen auch die angrenzenden Wochenenden sowie
3 Feiertage und Brückentage berücksichtigt werden.

4 **Begründung:**

5 Die Kreisdelegiertenversammlungen sollen außerhalb der Berliner Schulferien
6 stattfinden, sodass ein Großteil der Mitglieder und der (Ersatz-) Delegierten die
7 Möglichkeit hat, den Kreisdelegiertenversammlungen beizuwohnen.

KOMMUNALES

Antragssteller:innen: 10/05

6/II/25 – Mindestens eine Postbankfiliale im Bezirk Marzahn-Hellersdorf

Votum der Antragskommission: Annahme in Fassung der Antragskommission

8 Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:

9 ~~Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:~~

10 Die SPD-Fraktion in der BVV wird aufgefordert, sich für die Sicherung der Postbankfiliale
11 in Marzahn-Hellersdorf einzusetzen. Dabei sind geeignete Maßnahmen zu entwickeln,
12 die diesem Anliegen förderlich sind. ~~Der Senat von Berlin wird aufgefordert dafür zu~~
13 ~~sorgen, dass im Bezirk Marzahn-Hellersdorf mindestens eine Postbankfiliale zur~~
14 ~~Verfügung steht.~~

15 **Begründung:**

16 Die Postbankfiliale am S-Bhf. Marzahn wurde 2024 geschlossen.

17 In Bezirk Marzahn-Hellersdorf existiert nur noch eine Postbankfiliale in der Janucz-
18 Korcak-Straße. Diese soll Ende 2025 ebenfalls geschlossen werden.

19 Damit ist für viele Kunden der Postbank im Bezirk keine persönliche Bankberatung am
20 Schalter mehr möglich. Ausweichmöglichkeiten existieren nur in anderen Bezirken, was
21 keine Alternative für Postbankkunden aus Marzahn-Hellersdorf ist.

22 Viele Mitbürger, insbesondere Mitbürger mit Einschränkungen, sind nicht in der Lage,
23 Bankaktivitäten digital (per Smartphone, Computer) zu tätigen, sie sind auf die
24 persönliche Beratung und Unterstützung am Schalter angewiesen.

- 1 Im Bezirk Marzahn-Hellersdorf soll mindestens eine Postbankfiliale mit der Möglichkeit
2 der persönlichen Beratung vorhanden sein.

SOZIALES

Antragssteller:innen: SPD FRAUEN Marzahn-Hellersdorf

**7/II/25 – ~~Zufluchtswohnungen für Frauen* mietfrei machen!~~ Zufluchtswohnungen
für Frauen* nicht vom Geldbeutel abhängig machen!**

Votum der Antragskommission: Annahme in Fassung der Antragskommission

- 3 Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:
4 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

5
6 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses und des Berliner
7 Senats werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass Frauen* **als Opfer häuslicher**
8 **Gewalt**, für Zufluchtswohnungen keine Miete zahlen müssen. Stattdessen soll eine
9 **staatliche** Finanzierung ~~seitens des Landes Berlins~~ geprüft werden.

10
11 **Begründung:**

12
13 Frauen*, die in Zufluchtswohnungen Schutz suchen, tun dies aus unterschiedlichen,
14 aber immer dringenden Gründen. Viele der Frauen*, die Gewalt durch einen
15 (Ex-)Partner***in** ausgesetzt sind, sind von dieser Person auch finanziell abhängig und
16 können sich eine eigene Wohnung nicht leisten. Eine von Gewalt betroffene Frau* und
17 ihre Kinder dürfen niemals ihrer eigenen Sicherheit beraubt werden, nur weil die Miete
18 für eine Zufluchtswohnung finanziell nicht gestemmt werden kann.

Antragssteller:innen: SPD FRAUEN Marzahn-Hellersdorf

**8/II/25 – Verbesserung der Versorgungssituation und Schaffung spezialisierter
Schutzeinrichtung für von häuslicher oder sexualisierter Gewalt betroffenen
Frauen***

Votum der Antragskommission: Annahme

- 19 Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:
20 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

21 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bezirks, des Berliner Abgeordnetenhauses und
22 des Berliner Senats und den zuständigen Stellen werden aufgefordert sich dafür
23 einzusetzen, dass Schutzeinrichtungen und Fachberatungsstellen erweitert und

1 zusätzlich geschaffen werden, die insbesondere für folgende Personengruppen
2 geeignet sind:

- 3 • gewaltbetroffene Frauen* und Mädchen* mit unterschiedlichen Formen von
4 Behinderungen;
- 5 • gewaltbetroffene Frauen* und Mädchen* mit Suchterkrankungen;
- 6 • gewaltbetroffene Frauen* und Mädchen* mit Pflegebedarf;
- 7 • gewaltbetroffene Frauen* und Mädchen* in akuten psychischen Krisen

8 sowie

- 9 • Frauen mit älteren Söhnen (über 12 Jahre), die in vielen bestehenden
10 Schutzeinrichtungen derzeit nicht aufgenommen werden können.

11 Das Land Berlin soll prüfen, inwiefern bestehende Schutzwohnungen und
12 Notunterkünfte barrierefrei umgestaltet oder erweitert werden können, und
13 gemeinsam mit Trägern der Frauenhilfe, Behindertenverbänden und
14 Wohnungsgesellschaften entsprechende Konzepte entwickeln.

15 **Begründung:**

16 Das Land Berlin nimmt eine positive Rolle in der Umsetzung der Istanbul Konvention
17 ein, indem bereits viele Maßnahmen umgesetzt und eine hohe Dichte an
18 Gewaltschutzplätzen im Bundesvergleich bisher erreicht wurden.

19 Dennoch ist der Zugang für bestimmte (vulnerable) Mädchen* und Frauen*, die von
20 sexualisierter oder häuslicher Gewalt betroffen sind immer noch erschwert. Dies
21 begründet sich in fehlenden Frauenhausplätzen, fehlenden Frauenschutzwohnungen –
22 auch aufgrund des Wohnraummangels – sowie der selbst eingeschätzten fehlenden
23 Eignung der Schutzeinrichtungen selbst.

24 Aktuell stoßen viele Frauen mit Behinderungen bei der Suche nach Schutzunterkünften
25 jedoch auf erhebliche Barrieren – sowohl räumlich als auch organisatorisch. Auch
26 Frauen mit älteren Söhnen werden häufig abgewiesen, da viele Einrichtungen keine
27 entsprechenden räumlichen Voraussetzungen oder Betreuungskonzepte bieten.

28 Diese Gruppen geraten dadurch in eine besonders verletzliche Lage und bleiben im
29 schlimmsten Fall in gewaltbelasteten Beziehungen, weil es keine geeignete
30 Schutzalternative gibt.

1 Das Land sollte sich daher aktiv für eine Erweiterung der Schutzinfrastruktur einsetzen
2 und sicherstellen, dass Frauenschutzangebote inklusiv und bedarfsgerecht gestaltet
3 sind. Dafür müssen bestehende Strukturen erhalten und weiterentwickelt sowie
4 spezialisierte Angebote geschaffen werden, die mit auskömmlichen finanziellen und
5 personellen Ressourcen unterlegt sind.

Antragssteller:innen: 10/05

9/II/25 – Keine Internetpflicht

Votum der Antragskommission: Diskussion

6 Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:
7 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:
8 Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

9 Die SPD-Mitglieder im Senat von Berlin, sowie die SPD-Bundestagsfraktion sollen sich
10 dafür einsetzen, dass der Bund entsprechende Regelungen trifft, damit
11 **Behördenleistungen**, Zahlungen, Buchungen, Verträge und Ähnliches weiterhin ohne IT-
12 Nutzung möglich sind. **Für die analoge Erledigung öffentlicher Leistungen dürfen keine**
13 **zusätzlichen Gebühren anfallen.**

14 **Begründung:**

15 Viele Mitbürger sind nicht in der Lage, digitale Zahlungen, Buchungen, Verträge und
16 Ähnliches zu tätigen.

17 Es muss die Möglichkeit bestehen, auch zukünftig Zahlungen, Buchungen, Verträge und
18 Ähnliches ohne IT-Nutzung tätigen zu können, damit die Teilhabe am gesellschaftlichen
19 Leben auch ohne IT-Nutzung gewährleistet ist.

STEUERN UND FINANZEN

Antragssteller:innen: 10/06

10/II/25 – Antrag zur Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel auf 0%

Votum der Antragskommission: Annahme in Fassung der Antragskommission

- 1 Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:
- 2 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:
- 3 Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:
- 4 Die SPD setzt sich auf allen politischen Ebenen dafür ein, die **Umsatzsteuer** auf
- 5 Grundnahrungsmittel auf 0 % zu senken. ~~Dazu gehören u.a.:~~
 - 6 ~~• Brot~~
 - 7 ~~• Obst und Gemüse~~
 - 8 ~~• Mehl, Hülsenfrüchte, Reis, Nudeln.~~
- 9 Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine entsprechende Änderung des Gesetzes
- 10 vorzunehmen, um diese steuerliche Entlastung für Verbraucherinnen und Verbraucher
- 11 zu ermöglichen.
- 12 **Begründung:**
- 13 Die Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel auf Null ist eine
- 14 wirksame und unbürokratische Maßnahme, um Bürgerinnen und Bürger finanziell zu
- 15 entlasten. Die SPD sollte sich auf allen politischen Ebenen für diese Forderung
- 16 einsetzen. Eine Begrenzung auf die genannten Grundnahrungsmittel entlastet alle
- 17 Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen.